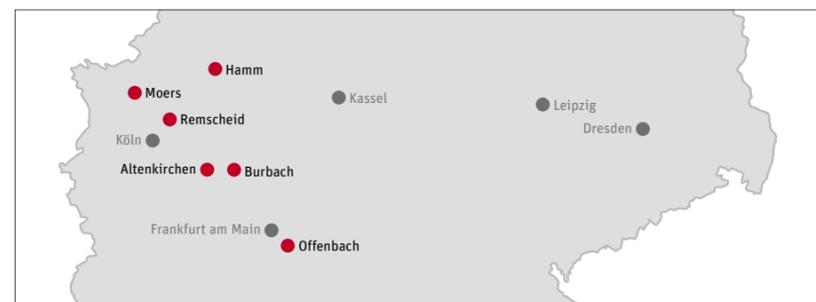


Erste, zweite, dritte Generation: Auch nach fünfzig Jahren werden in Deutschland Einwanderer und deren Kinder noch als Migranten bezeichnet, obwohl die meisten von ihnen längst sesshaft geworden oder hier geboren sind. Architekten und Planer haben sich mit diesen „neuen“ Bauherren bislang wenig auseinandergesetzt, von großen Moscheeprojekten einmal abgesehen. Wie haben sich Städte und Dörfer im Zuge der Migration verändert? Welche Bautypologien und Räume sind entstanden, mit und ohne Planung? Eine Reise an sechs Orte, an denen Migration das Stadtbild prägt.



Moers, Stadtteil Hochstraß

Foto: Gerrit Schwalbach



Migration und Wirklichkeit

Auf der Suche nach einer „multiethnischen Baukultur“ in Deutschland, abseits der spektakulären Schauplätze: Sechs Fallbeispiele und ein Interview

Einleitung **Anca Cârstea**

Die Debatte um eine multiethnische Baukultur wird in der Öffentlichkeit gerne auf den Aspekt der Religion verkürzt: Doch nicht alle Migranten sind Muslime, und auch deren Alltag spielt sich größtenteils außerhalb von Moscheen ab. Fasst man unter dem Begriff Baukultur nicht nur Architektur, sondern auch deren Nutzung, Wahrnehmung, Umdeutung und Aneignung, ergibt sich ein anderes Bild: Migration ist ein vielfältiger, komplexer Prozess, der sich nicht in ein bestimmtes Raster einordnen lässt.

Die Gesellschaft wird zunehmend kosmopolitischer, doch als Herausforderung für Architekten und Planer werden diese Veränderungsprozesse bislang kaum gesehen. Im Zusammenhang mit Stadtentwicklung wird Migration eher als eine Frage der Integration in „Problemvierteln“ verhandelt, weniger als Gestaltungsaufgabe. Doch was geschieht zwischen den Szenarien von „Kosmopolis“ einerseits und abgehängten Quartieren andererseits, wie sieht die migrantische Realität in Deutschland aus?

Die Fallbeispiele auf den folgenden Seiten, die im Rahmen des Forschungsprogramms Experimenteller Wohn- und Städtebau recherchiert wurden, dokumentieren ein Stück gebauten Alltags. Untersucht wurden verschiedene städtebauliche Strukturen und Gebäudetypologien, vom Dorf bis zur Innenstadt, vom Einfamilienhaus- bis zum Gewerbegebiet. Die Orte liegen in Frankfurt am Main und Umgebung, im Siegerland und im Ruhrgebiet: ein unspektakulärer Querschnitt, der auch in anderen Regionen denkbar gewesen wäre. Wie nutzen Migranten Städte und Wohnorte? Wie werden bestehende Räume codiert und umcodiert? Braucht eine zunehmend von Migration geprägte Gesellschaft neue Gebäudetypologien und andere öffentliche Räume – oder sind diese vielleicht bereits ohne Planung entstanden?

Die „Formen der Neugestaltung geschehen nicht in mythischen Integrationskonzepten, sondern vor allem in den Niederungen des Alltäglichen“, schreibt der Soziologe Erol Yildiz. Mit einem unglaublichen Pragmatismus haben sich Einwanderer baulich eingerichtet, sich Räume angeeignet und umgeformt. Oft sind es Notlösungen und Provisorien, aus denen Ansätze für die Quartiersentwicklung formuliert werden können: eine Baukultur „as found“, die es weiterzuentwickeln gilt. Doch dazu müssen Planer und Architekten die „neue“ soziale Grammatik erst einmal verstehen: die Bilder, Symbole und Versatzstücke, die aus der ersten Heimat mitgebracht werden, die subtilen Zeichen, die Alltagsroutinen, die Nutzung öffentlicher und privater Räume.

Daher kann es bei der Suche nach einer migrantischen Baukultur nicht um die Reproduktion ethnischer Traditionen und Bauweisen gehen, nicht um eine Festschreibung auf bestimmte Räume und Wohnformen, wie es etwa in früheren wissenschaftlichen Überlegungen zum „Wohnungsbau für Migranten“ angedacht wurde. Das Problem der Zugehörigkeit hat mit solchen räumlichen Angeboten wenig zu tun.

Migration nicht länger als gesellschaftliches oder politisches Problem zu betrachten, sondern als Gestaltungsmöglichkeit – dieser Ansatz öffnet einen neuen Blick auf Gebäude und Stadträume. Baukultur ist dann nicht nur eine Entwurfsaufgabe, sondern auch eine Aufgabe des Erkennens, Aufgreifens und Verstehens. Es geht um eine Kultur des Bauens im Sinne einer Kultur des Zusammenlebens.

Anca Cârstea | hat Soziologie in Cluj-Napoca (Rumänien) und Stadtplanung in Hamburg studiert. Sie ist Projektleiterin am BBSR in Bonn und arbeitet an einer Dissertation zum Thema Baukultur und Migration.



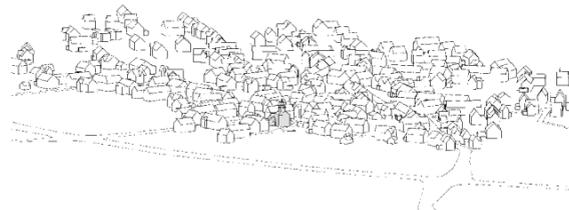
Fachwerk in Burbach-Holzhausen



Fachwerk in Kastamonu (Türkei)

Welches Bild von Heimat zählt?

Foto links: Ulrich Krumm,
Foto rechts: Gerda Wülfen



An- und Umbauten alter Fachwerkhäuser in Burbach-Holzhausen

Fotos: Judith Raum

Neue Haymat Dorf | Burbach-Holzhausen

Migration wird meist als städtisches Phänomen betrachtet, doch auch auf dem Dorf verändert sich die Bevölkerungsstruktur. Viele Einwanderer ziehen in die historischen Ortszentren, während die Alteingesessenen seit Jahrzehnten die neuen Einfamilienhausgebiete am Ortsrand bevorzugen. Die historische Bausubstanz entspricht oft nicht mehr heutigen Wohnbedürfnissen, ist baufällig geworden und daher günstig zu erwerben. Wie nimmt die seit Generationen ansässige Mehrheitsbevölkerung diesen Prozess wahr?

In Burbach-Holzhausen, einem Fachwerkdorf im Siegerland, ist eine Auseinandersetzung über die neue und die alte Heimat im Gange. Bis in die achtziger Jahre hinein drohte die Ortsmitte Holzhausens zu veröden. Überwiegend türkische Familien kauften die leerstehenden Fachwerkhäuser im Ortskern und setzten sie instand. Heute wohnt dort bereits die zweite Einwanderergeneration: Jeder zehnte Holzhausener hat keinen deutschen Pass, jeder sechste einen Migrationshintergrund. Die einzigen Geschäfte in der Dorfmitte sind die Sparkasse, ein Hotel und ein Dönerimbiss.

Der 1952 gegründete Heimatverein Holzhausen sah durch die unterschiedlichen Überformungen der Fachwerkhäuser das historische Ortsbild gefährdet und erarbeitete Vorschläge für eine Gestaltungssatzung, die von der Stadtverwaltung entwickelt und 2010 vom Stadtrat beschlossen wurde. In der Präambel ist zu lesen,

dass „Heimat nur dort erhalten werden kann, wo sich aus architektonischer Vielfalt und geschichtlichem Reichtum ein unverwechselbares Ortsbild ergibt, mit dem sich die Bewohner identifizieren können.“ Ein Satz, dem sicher auch viele Einwanderer zustimmen würden, nur dass sie aufgrund ihrer Migrationserfahrung auch andere Bilder von Heimat mitbringen. Die baulichen Konfliktlinien laufen jedoch nicht eindeutig zwischen Alteingesessenen und Zugezogenen, sondern sind komplexer. So schätzen die Mitglieder des Heimatvereins die Wiederbelebung des Dorfkerns durchaus; die Käufer sollten vorab nur wissen, welche Beschränkungen es für Umbauten gibt. Die Beispiele zweier türkischer Hauseigentümer zeigen, dass diese den Heimatbegriff durchaus unterschiedlich interpretieren: So kaufte eine türkische Familie in den achtziger Jahren ein altes Wohnhaus, befreite die Fassade von Asbestplatten, die der Voreigentümer angebracht hatte, und ließ sie ortstypisch mit Schiefer verkleiden. Die Familie investierte darüber hinaus mehrere tausend Euro in die Pflasterung und Möblierung des neuen „Europaplatzes“, der vor ihrer Haustür liegt, und 2010 mit Zuschüssen aus einem Dorferneuerungsprogramm und Eigenmitteln der Anwohner neu gestaltet wurde.

Ein anderes Beispiel ist ein türkischer Gastarbeiter, den die Holzhausener Architektur an die osmanischen Fachwerkhäuser seiner Heimatstadt Kastamonu am Schwarzen Meer erinnert.

Er baute sein Haus ebenfalls um und fügte ihm einen Holzker mit Sitzgelegenheit à la Kastamonu hinzu – ein direkter Import dessen, was für ihn Heimat ausmacht.

Obwohl die neu Zugezogenen mit viel Eigenleistung einige ortsprägende Häuser vor dem Verfall bewahrt haben, bestehen die Alteingesessenen auf ihrer Vorstellung des Ortsbildes. Für alle künftigen Bauvorhaben gilt die Gestaltungssatzung für den historischen Ortskern, die die Verwendung bestimmter Materialien und Farben vorschreibt – ohne auf die sehr unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten und Baukulturen der Holzhausener einzugehen. Satzungsrecht klärt jetzt die bauliche Identität des Ortes und schreibt den Zugezogenen letztendlich vor, ihre neue Heimat nach dem Heimat-Sehnsuchtsbild der Mehrheitsgesellschaft zu gestalten.

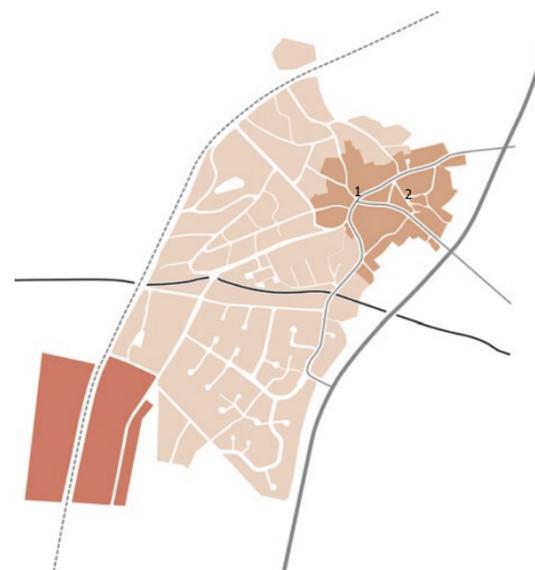
Die Autoren aller Texte zu den Fallbeispielen sind Çağla İlk, Dietrich Pressel und Gerrit Schwalbach (im Interview auf Seite 30).

Die Texte basieren auf dem Projekt „Baukultur in der multiethnischen Stadt“, 2009–11. Leitung: Prof. Ulrich Exner, Department Architektur an der Universität Siegen. Projektteam: Dietrich Pressel und Gerrit Schwalbach mit Çağla İlk sowie Katharina Gewehr, Wafa Al-Ghatam, Petra Klein, Heike Müller, Judith Raum und Ingo Siebert. Zeichnungen: Lucas Brink-Abeler, Haru Fuji, Yury Kalodzhich, Elena Krämer, Ayhan Küçükbiçakçı, Lisa Lienkamp, Thomas Mies

- vorwiegend Wohnnutzung
- Misch- und wohnverträgliche Nutzungen
- gewerbliche Nutzung

- 1 Historische Ortsmitte
- 2 Europaplatz

Plan 1 : 20.000



„Holzhausen ähnelt meiner Heimat. Sie kennen bestimmt die berühmten Fachwerkhäuser von Kastamonu. In meiner Kindheit hatten wir auch so einen Holzker vor unserem Haus, er heißt „Alak“ auf Türkisch. Der Eingang lag ebenfalls ein bisschen höher, wegen der Wildschweine. Mein Vater saß dort und hat mit dem Gewehr auf die Tiere gewartet.“ Hauseigentümer, Holzhausen

Russisch-deutsches Neubaugebiet | Altenkirchen-Honneroth

Wie eine Gruppe von Immigranten aus den ehemaligen Sowjetrepubliken eine kommunale Investitionsbrache verhindert hat, zeigt das Neubaugebiet Honneroth am Rand der Kleinstadt Altenkirchen im Westerwald. Ende der siebziger Jahre begann die damals 4500 Einwohner zählende Stadt Altenkirchen mit Planungen für ein umfangreiches Neubaugebiet am nördlichen Stadtrand. Man hatte das Bevölkerungswachstum allerdings zu optimistisch eingeschätzt: Die Vermarktung der Baugrundstücke des zweiten Bauabschnitts lief schleppend, sodass viele Grundstücke günstig angeboten wurden. Seit Anfang der neunziger Jahre zogen immer mehr Einwanderer aus Russland und anderen Staaten der ehemaligen UdSSR in das Gebiet, bauten sich frei stehende Ein- und Mehrfamilienhäuser und ließen schließlich die städtischen Planungsziele aufgehen.

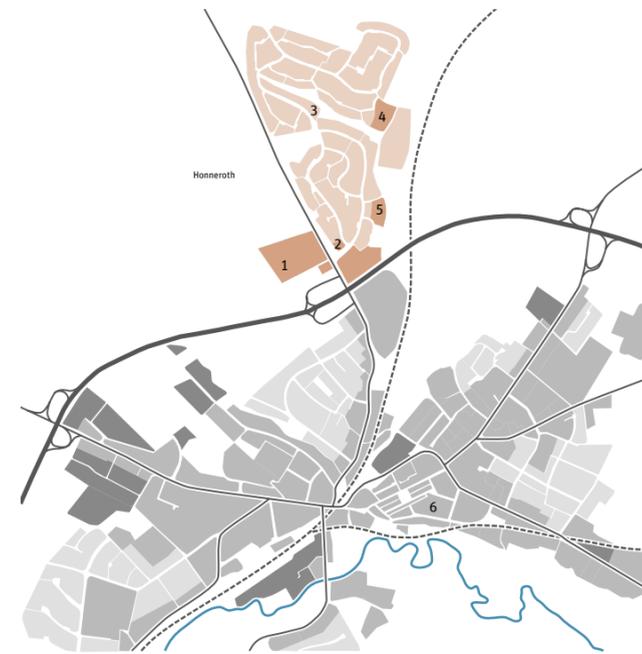
Der Zuzug der „Spätaussiedler“ in das mittlerweile 1500 Einwohner zählende Neubaugebiet Honneroth folgte dem Schneeballprinzip, auch von überregional gelegenen Orten aus. Viele Familien fanden hier, nach Zwischenstationen in Aufnahmelagern, ihren ersten festen Wohnsitz in Deutschland. Die Gründe, nach Honneroth zu ziehen, sind unterschiedlich: Die Bewohner kommen aus derselben Region, sind

miteinander verwandt oder berichten von Vorfahren der Urgroßeltern-Generation, die im 18. und 19. Jahrhundert aus dem Westerwald nach Russland ausgewandert waren. Manche wählten den Ort, weil die hügelige Waldlandschaft sie an die frühere Heimat in Russland erinnert.

In Honneroth verschmelzen die Architekturvorstellungen der Einwanderer mit dem ortsüblichen Standard-Einfamilienhaus und bilden eine eigene Typologie. Typische Merkmale sind die hohe Grundstücksausnutzung, da zumeist drei Generationen in einem Haus leben, eine zweite Eingangstür zur Erschließung der Einliegerwohnung für die Großeltern, die Doppelgarage mit Dachterrasse und eine „Datscha“ im Garten. Hinzu kommen importierte Gestaltungsmerkmale, wie die traufseitig zentral platzierte Eingangstür mit ausladender Freitreppe, Ornamente und Stuck an der Fassade, überwölbte Fensterstürze und die gedrechselten Stäbe der Balkon- und Treppengeländer.

Die Spätaussiedler haben einen Planungs- und Bauprozess etabliert, der immer wieder mit denselben Architekten und mit auf Nachbarschaftshilfe basierenden Baukolonnen durchgeführt wird. Arbeitsabläufe und Materialbeschaffung wiederholen sich. Der Gebäudetyp wird auf die jeweilige Grundstückssituation angepasst und schließlich mit hohem Anteil an Eigenleistungen errichtet. Den Hausbau erleben viele Bewohner als Stärkung ihres familiären und nachbarschaftlichen Zusammenhalts. Auch die ethnisch weitgehend homogene Bevölkerung der Wohnsiedlung trägt nach Aussagen der Bewohner zum Zusammenhalt bei.

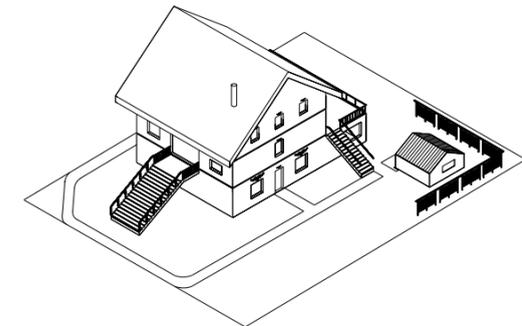
Im Neubaugebiet Honneroth haben sich Einwanderer baulich eingerichtet, für die bereits bei der Ankunft klar war, dass sie in Deutschland bleiben werden, und die von zahlreichen staatlichen Förder- und Integrationsmaßnahmen unterstützt werden. Sie wandern als Familien ein, oft sogar mit mehreren Generationen, und drücken ihre Bindung an die Heimat durch den Import von Bildern, Symbolen und Typologien aus. Die Siedlung ist ein homogenes Ensemble, das sich von der Kernstadt sichtlich unterscheidet.



- vorwiegend Wohnnutzung
- Misch- und wohnverträgliche Nutzungen
- gewerbliche Nutzung

- 1 Mennonitische Kirche
- 2 Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten
- 3 Lebensmittelgeschäft
- 4 Freie Evangelische Bekenntnisschule
- 5 Kindergarten
- 6 Stadtzentrum

Plan 1 : 25.000



Russischer Lebensmittelladen in Altenkirchen-Honneroth

Fotos: Judith Raum



„Bei uns in Honneroth ist es nach 20 Uhr nie so ruhig, wie es in anderen kleinen deutschen Städten üblich ist. Immer sind Leute draußen. Die Älteren sitzen auf den Bänken, die Kinder spielen. Wenn der Wagen aus dem russischen Laden vorbeikommt, gibt es Warteschlangen.“ Hausbesitzerin, Honneroth

In Honneroth hat sich eine Wohntypologie mit zentraler Freitreppe, Einliegerwohnung für die Großeltern und Datscha entwickelt



Der Großtempel im Gewerbegebiet | Hamm-Uentrop

Der Hindutempel „Sri Kamadachi Ampal“ in Hamm, einer ehemals industriell geprägten Großstadt am Rand des Ruhrgebiets, ist der größte seiner Art in Europa: Zu dem jährlich stattfindenden Tempelfest kommen bis zu 25.000 Menschen, vor allem aus der Schweiz, aus England, Frankreich und Holland. Die Tempelanlage wurde von 1999–2002 im Gewerbegebiet Uentrop gebaut, zwischen Autobahn, Kraftwerk und Schlachthof – ein peripherer, im Bewusstsein der Bevölkerung kaum präsenter Ort, der auf den ersten Blick im Widerspruch steht zur internationalen Bedeutung des Tempels. Warum wählte die hinduistische Gemeinde keines der von der Stadt angebotenen Grundstücke in der Innenstadt?

Die herkömmliche räumliche Logik von Sakralbauten, dass viele Gemeindemitglieder in unmittelbarer Nähe leben, trifft für den „Sri Kamadachi Ampal“ nicht zu: Von den 180.000 Einwohnern Hamms haben weniger als 0,2 Pro-

zent einen Pass aus Sri Lanka. Sie gehören jener Gruppe an, die in den achtziger Jahren vor dem dortigen Bürgerkrieg geflohen war. Der heutige Tempel ging aus mehreren provisorischen Gebetsstätten in Hamm hervor, die sich zuerst im acht Quadratmeter großen Kellerabteil, dann auf dem Dachboden eines Mehrfamilienhauses und später in einer ehemaligen Gaststätte mit Kegelbahn befanden.

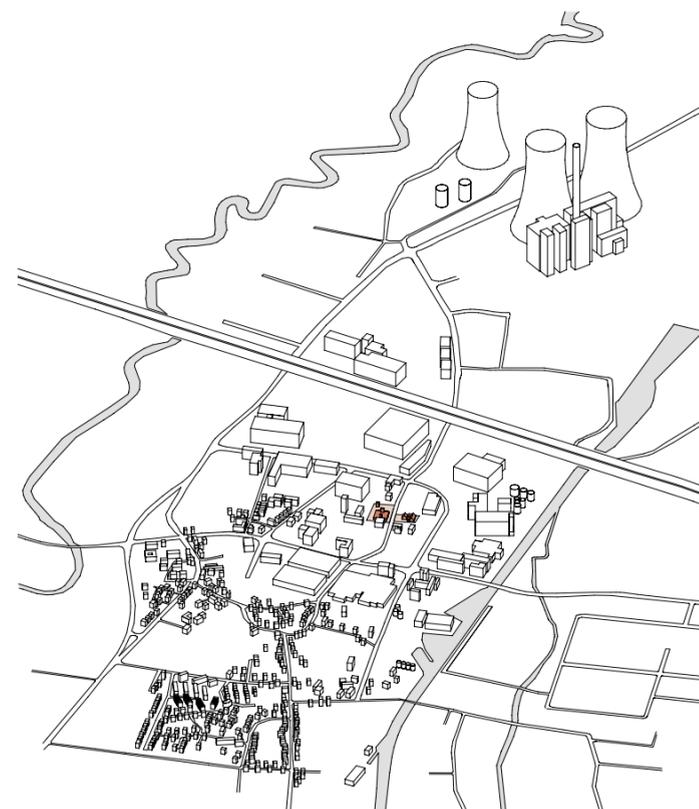
1992 nahmen mehrere hundert, und 1996 bereits 3000 Menschen an den Festen in den improvisierten Tempeln teil. Die Anwohner empfanden dies zunehmend als Störung, weil sie durch die Prozessionen den innerstädtischen Verkehr behindert sahen. Der Priester der Gemeinde, Siva Sri Arumugam Paskarakurukal, stellte schließlich Bedarf für einen großen Tempel fest und machte sich auf die Suche nach einem Architekten und einem Grundstück für einen Neubau. In den Gelben Seiten fand er den ortsansässigen Architekten Heinz-Rainer Eich-

horst, für den die Bauaufgabe ein völliges Novum war. Für die Wahl des Baugrundstücks waren pragmatische Gründe entscheidend: die Vermeidung von Nachbarschaftskonflikten, die verkehrsgünstige Lage nahe der Autobahn und der Kaufpreis. So fand die Gemeinde im Gewerbegebiet von Hamm, unweit des stillgelegten Forschungsreaktors Hamm-Uentrop und des Schlachthofs der Firma Westfleisch, ein finanzierbares Grundstück. Die Nähe zum Datteln-Hamm-Kanal wurde als Vorteil gesehen, da dieser für hinduistische Waschungsrituale genutzt werden kann. Ausschlaggebend war allerdings die nahe gelegene A2, und damit der Anschluss an das europäische Fernstraßennetz.

Ein Tempel im Gewerbegebiet? Nach der Baunutzungsverordnung können Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke in Gewerbegebieten ausnahmsweise zugelassen werden. Von den zu beteiligenden Bürgern wurden keine abwägungs-

Tempelturm und Kühltürme
im Stadtteil Hamm-Uentrop

Foto: Judith Raum



„Der Tempel liegt zwölf Kilometer vom Bahnhof entfernt. Die meisten Leute kommen mit dem Auto hierher, es gibt aber auch einen Bus, der stündlich vom Bahnhof fährt. Die Stadt Hamm hat das so eingerichtet.“ Gemeindemitglied des Sri Kamadachi Ampal

relevanten Bedenken formuliert, und nach längerer Diskussion stimmte auch der Stadtrat zu.

Zur Vorbereitung des Tempelbaus reisten Architekt und Priester zunächst nach Indien. Traditionell werden dort nur Priester mit der Planung von Tempeln betraut. Wegen des deutschen Bauplanungs- und Bauordnungsrechts war diese Regel nicht anwendbar, sodass die Gemeinde dem Architekten die Skizze eines indischen Priesters als Vorlage gab. Der Tempel ist der erste und größte Hindutempel in Europa, der im traditionellen südindischen Stil erbaut wurde. Er hat eine Grundfläche von 27 x 27 Metern, die Maße basieren auf der für Hindus göttlichen Zahl Neun. Zwei Pagodentürme, siebzehn und neun Meter hoch, ragen aus der eingeschossigen Anlage. Örtliche Unternehmen führten den Rohbau und die technische Gebäudeausstattung aus. Für Stuckarbeiten und weitere Verzierungen waren jedoch Tempelbauer aus Indien notwendig, die achtzehn Monate in Hamm arbeiteten.

Der Bauablauf verzögerte sich wegen Finanzierungsproblemen mehrfach. Als besonders schwierig erwies sich die Kreditaufnahme bei Banken, die in der Regel keine Sakralbauten finanzieren. Erst mit umfangreichen Garantien wurden Darlehen gewährt, teilweise zu sehr ungünstigen Bedingungen. Hinzu kamen Spendengelder und private Darlehen.

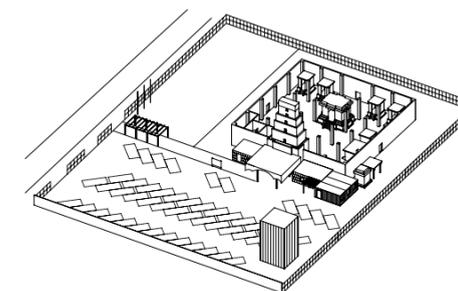
2002 konnte der Tempel schließlich eingeweiht werden. Rückblickend nimmt sich der Architekt weniger als Entwerfer des Tempels wahr, sondern vielmehr als Organisator und Moderator. Anfängliche Vorbehalte der lokalen Mehrheitsgesellschaft sind einer Anerkennung als Sehenswürdigkeit der Stadt gewichen: Der Tempel wird mittlerweile auf der Website von Hamm präsentiert, und die Gemeinde bietet gut besuchte Führungen an. Jüngst hat sie ein Nachbargrundstück erworben, um ein Kulturzentrum mit Hochzeitshalle, Bücherei und Museum zu bauen.

Rituelle Waschungen unter der
Brücke am Datteln-Hamm-Kanal



Der Hallentempel ist mit Fußbodenheizung ausgestattet, da die Pilger ihre Schuhe im Vorraum ausziehen

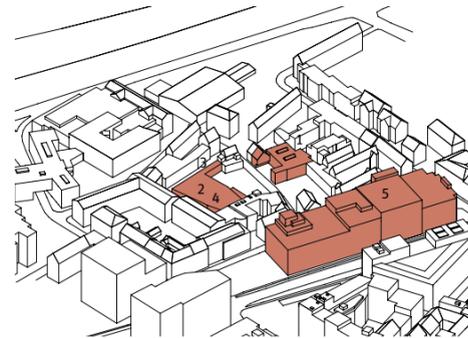
Foto oben: Wikipedia, Foto unten: Judith Raum





Eine neue Typologie?
Das Konglomerat von Läden und Dienstleistungen um die Mevlana-Moschee in Offenbach

- 1 Islamische Gemeinde Mevlana-Moschee
- 2 GAZI Bayram Markt
- 3 Reisebüro
- 4 Bäckerei
- 5 Parkhaus / Einkaufszentrum Berliner Straße



Cluster ethnischer Ökonomien | Offenbach-Sandgasse

„Cluster ethnischer Ökonomien“ – so bezeichnet man in der Soziologie wirtschaftliche Aktivitäten von Migranten (Einzelhandel, Handwerk, Produktion, Dienstleistungen), die sich meist in jenen Nischenräumen der Innenstädte einrichten, die als Fehlstellen und Resträume der Stadtentwicklung neuen Nutzungen offen stehen. Die Topographie und die Funktionsweise dieser Wirtschaftsräume sind in der öffentlichen Wahrnehmung kaum vorhanden, da sie das Stadtbild baulich häufig wenig verändern. Seit Anfang der achtziger Jahre hat die Zahl migrantischer Selbständiger in Deutschland stark zugenommen, mittlerweile gibt es fast 300.000 kleine und mittlere Unternehmer. Welche Rolle „ethnische Ökonomien“ in der postindustriellen Stadtentwicklung spielen, zeigt das Beispiel Sandgasse in Offenbach, der Stadt in Deutschland, die den höchsten Anteil Nichtdeutscher hat und die auf eine lange Migrationsgeschichte zurückblickt.

Mit dem Wiederaufbau wurde das innerstädtische Gefüge von Offenbach neu geordnet. Die autogerechte Planung einer „Durchbruchstraße“ (1949–57) bestimmt bis heute die Funktionalität, die Attraktivität und den Wert einzelner Straßenzüge und Quartiere. Entlang der vierspurigen Berliner Straße entstanden großmaßstäbliche Neubauten. Das Quartier Sandgasse ist eine innerstädtische Nische im Schatten dieser Verkehrsstrasse. Das 1971 begonnene, aber wegen zahlreicher baulicher Mängel erst

1979 bezugsfertige Einkaufszentrum mit Parkhaus kappt zudem als städtebauliche Barriere die frühere Verbindung von Sandgasse und Berliner Straße. Seit Mitte der achtziger Jahre verschwanden durch die Deindustrialisierung viele innerstädtische Gewerbebetriebe. Brachen und Leerstand prägten das Quartier, das durch „ethnische Ökonomien“ zu neuem wirtschaftlichen Leben fand.

Als Ausgangspunkt für die Herausbildung des Clusters kann die Mevlana-Moschee in der Sandgasse gesehen werden. Die Entwicklung begann 1984, als die Moschee-Gemeinde mit dreißig Mitgliedern einen Keller im Quartier anmietete. In den folgenden sechs Jahre vergrößerte sich die Gemeinde, eine leerstehende Schreinerei wurde gekauft und zum Gemeindezentrum umgebaut. Noch heute kann man die Holzbalken im Gebetsraum sehen. Mit der Eröffnung der Moschee strömte täglich eine große Zahl Gläubiger in das Viertel, und in der Folge etablierten sich hier viele Geschäfte, denn in der Sandgasse fanden Einwanderer Bestandsgebäude zu günstigen Konditionen. So eröffnete ein Bäcker im Quartier, der heute den Frankfurter Flughafen und viele Krankenhäuser im Rhein-Main-Gebiet beliefert. Neben Obst- und Gemüsehandel, einem Reisebüro und anderen Geschäften zog zuletzt eine Filiale der „Western Union“ hierher. Mittlerweile rückt das migrantische Geschäftsquartier Sandgasse bis an die Berliner Straße vor: Mehrere Einzelhandels-

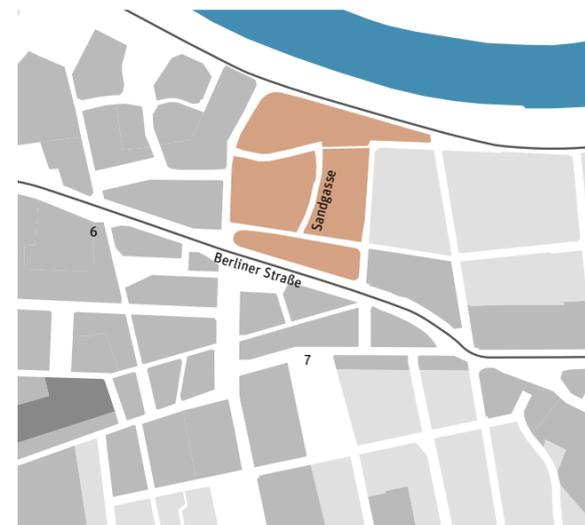
geschäfte sind in dem teilweise leerstehenden Einkaufszentrum dazugekommen. Die Sandgasse selbst hat bis heute kaum Durchgangsverkehr. Die Hofflächen vor den Geschäften und dem Gemeindezentrum wirken zusammen mit dem Straßenraum wie ein öffentlicher Platz.

Migranten agieren im Quartier Sandgasse als wirtschaftliche „Pioniere“, die mit Pragmatismus und Kreativität einem vormals abgehängten Quartier zu neuem Leben verholfen haben. Das Nutzungskonglomerat, das sich in den letzten Jahren um die Moschee entwickelt hat, kann als informelle Stadtentwicklung gesehen werden, als eigene räumliche Typologie jenseits städtischer Planung, die mit der Gemeinde wächst: Durch die kommerziellen Nutzungen wird die Finanzierung weiterer Gemeindebauten gesichert, die Gläubigen finden spezielle Lebensmittel und multifunktionale Fixpunkte für das ethnische Beziehungsnetzwerk. Die in ähnlicher Weise an vielen Orten in Deutschland entstandenen Ensembles unterscheiden sich von traditionellen muslimischen Sakralbauten, in die meist nur soziale Nutzungen integriert sind.



Der Moschee sieht man bis heute an, dass sie in einer ehemaligen Schreinerei eingerichtet wurde

Fotos: Judith Raum



- vorwiegend Wohnnutzung
- Misch- und wohnverträgliche Nutzungen
- gewerbliche Nutzung

- 6 Rathaus
- 7 Wilhelmsplatz

Plan 1 : 10.000



„Wir sind auf der Suche nach größeren Flächen, das ist schon in Entwicklung. Es gibt Zusagen des Stadtplanungsamtes für mehrere Standorte. Wenn wir professionell arbeiten, wird die Stadt das auch mittragen. Man muss sein Gegenüber verstehen und darf auch die städtebauliche Seite nicht unterschätzen.“

Gemeindemitglied der Mevlana-Moschee



Baufgabe Moschee | Moers-Hochstraß

Etwa 200 Moscheen und 2600 muslimische Gebetshäuser gibt es in Deutschland, über hundert weitere Moscheen sind in Planung. Die „Kocatepe Camii“ (Kocatepe-Moschee) in Moers ist einer der wenigen Neubauten eines muslimischen Gemeindezentrums, dem ein Architektenwettbewerb vorangegangen ist. Wie die Stadt Moers bei der Eröffnung 2009 mitteilte, ist „keine alberne Miniversion der Hagia Sophia, sondern ein stolzer selbstbewusster Neubau in zeitgemäßer Architektursprache“ entstanden und somit ein „Beispiel für bauliche Integration“. Bauherren, Architekten, Anwohner, Stadtverwaltung – alle zufrieden? Die zwanzig Jahre währende Entstehungsgeschichte ist von erheblichen Widerständen gekennzeichnet. Welche baukulturellen Praktiken trafen aufeinander?

Moers liegt am Rand des Ruhrgebiets in der Nähe von Duisburg. 2001 wurde die letzte Zeche in der vormals vom Bergbau geprägten Stadt stillgelegt. Von den 100.000 Einwohnern hat rund ein Viertel einen Migrationshintergrund. Das Grundstück der Türkisch-Islamischen



Moschee-Entwurf von Karl-Heinz Gomilsek

Gemeinde im Stadtteil Hochstraß war bis 1990 mit einer Schreinerei bebaut, deren leerstehende Gebäude die Gemeinde über mehrere Jahre als Gebetsraum genutzt hatte. Der Raumbedarf für die Jugendarbeit machte Erweiterungen notwendig und gab den Anstoß für den Moscheeneubau. Die Gemeinde sammelte Spenden und beauftragte den Duisburger Architekten Karl-Heinz Gomilsek mit der Planung. Der Gestaltungsbeirat der Stadt Moers beurteilte den Entwurf als unzureichend und empfahl eine Mehrfachbeauftragung als konkurrierendes Verfahren. Die Gemeinde folgte dem Vorschlag und favorisierte nach intensiver Diskussion den Beitrag der Kölner Architekten Lorber + Paul, der das traditionelle Formenrepertoire von Moscheebauten abstrahiert und sich zugleich den Bedürfnissen der Gemeinde anpasst: „Durch die Anordnung mehrerer Eingänge im Erdgeschoss“, so die Architekten, „ist es möglich, auf die verschiedenen Anwesenheitsverhältnisse von Männern und Frauen zu reagieren.“

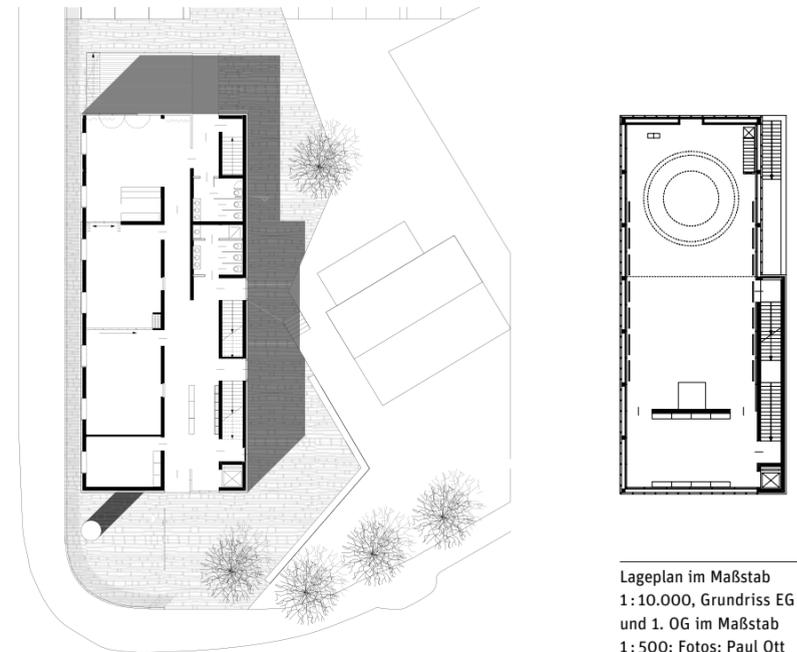
Zunächst war das Vorhaben aus Sicht des Bauordnungsamtes nach § 34 Baugesetzbuch genehmigungsfähig. Im Zuge der Realisierung begann allerdings eine langwierige Auseinandersetzung mit den Anwohnern, die sich, wie vielerorts, in einer Bürgerinitiative organisiert hatten und das Projekt in der Folgezeit immer wieder gefährdeten. Man befürchte, so die Initiative, eine Wertminderung der privaten Immobilien im Umfeld der Moschee, eine Überbean-

spruchung des öffentlichen Parkraums und Lärm durch Besucherströme. Zudem würde die Einrichtung nicht vorrangig von den direkten Anwohnern, sondern von Gemeindemitgliedern aus dem benachbarten Stadtteil Meerbeck genutzt werden. Wegen fehlendem Ortsbezug sei der geplante Neubau ein Fremdkörper am Rande der Wohnsiedlung.

Auch ein Moderationsverfahren konnte keine Schlichtung herbeiführen. Trotz Anpassungen des Entwurfs (Neuordnung von Stellplätzen, Berücksichtigung von Abstandsflächen bei der Schallschutzwand) wurde die Genehmigungsfähigkeit gerichtlich infrage gestellt und die Gegner konnten mehrere Baustopps erzwingen. Nach juristischen Auseinandersetzungen in mehreren Instanzen entschied das Oberverwaltungsgericht Münster schließlich, dass der Bereich des Grundstücks der Kocatepe Camii den Charakter eines „Allgemeinen Wohngebiets“ hat, sodass Bau und Betrieb einer Moschee zulässig sind. Diese Entscheidung bekräftigte letztendlich auch, dass Moscheen (in Anlehnung an den § 4 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO) als „Anlagen für kirchliche, kulturelle oder soziale Zwecke“ zu werten sind.

Im Planungs- und Bauablauf kam es zu weiteren Verzögerungen. Die Gemeinde entschied, die Architekten nach der Genehmigungsplanung nicht mehr zu beteiligen, da der Rohbau aus Kostengründen von einem Generalunternehmer erstellt werden sollte. Dabei ist

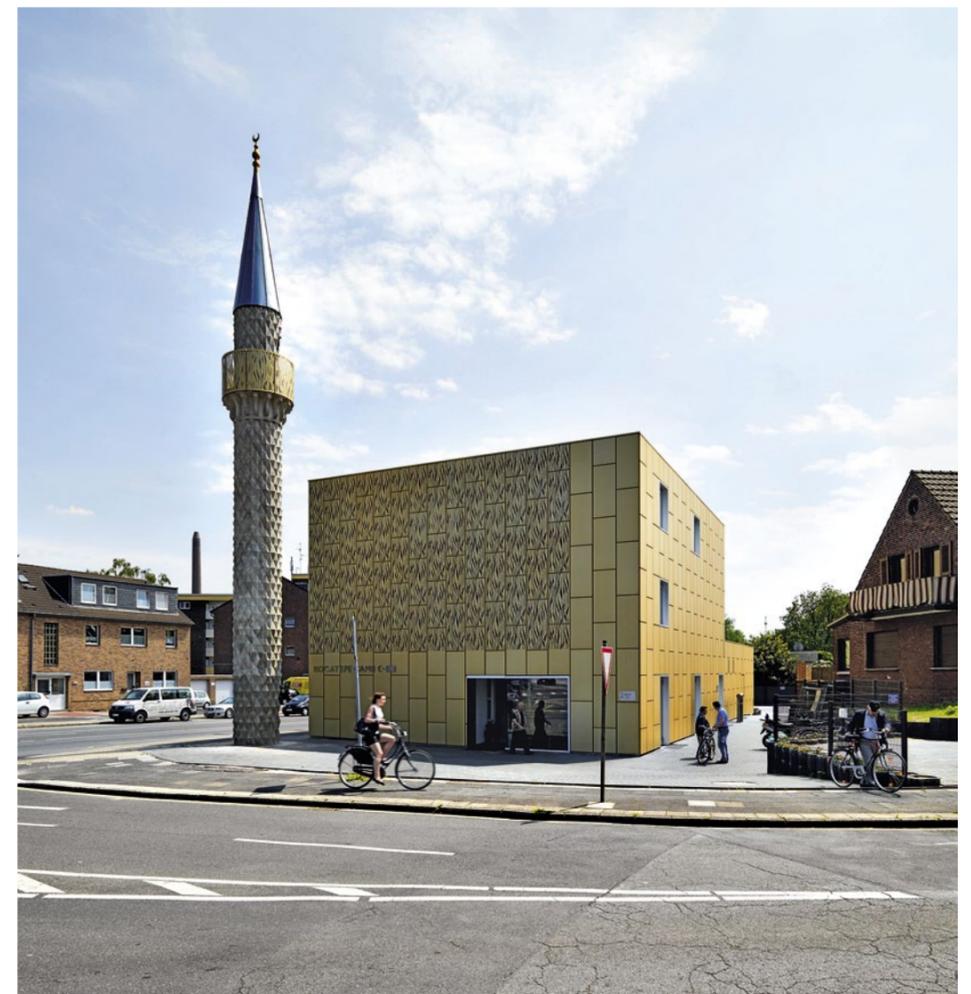
Im Erdgeschoss sind Büros, Vereinscafé und Unterrichtsräume untergebracht, im Obergeschoss der Gebetsraum, der nach Mekka ausgerichtet ist. Das Grundstück wurde dementsprechend ausgewählt.

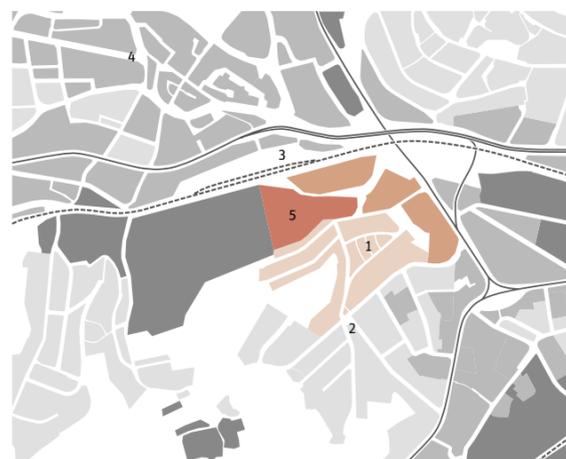


Lageplan im Maßstab 1:10.000, Grundriss EG und 1. OG im Maßstab 1:500; Fotos: Paul Ott

es wichtig zu wissen, dass sich der Bau der Moschee allein aus privaten Spenden finanzierte und Gemeindeangehörige für den Kredit bürgten. Um weitere Kosten zu sparen, aber auch, um eigene ästhetische Vorstellungen umzusetzen, führte die Gemeinde Teile der Inneneinrichtung in Eigenleistung aus, mitunter ohne genaue Abstimmung mit den Architekten. Bauliche Merkmale aus dem Herkunftsland sollten sich in „ihrer“ Moschee wiederfinden. So wurden die ornamentalen Fliesen für Kürsü (Kanzel links neben der Gebetsnische) und Minber (erhöhtes Podest für die Predigt rechts von der Gebetsnische) von Gemeindemitgliedern aus der Türkei nach Deutschland gebracht und verbaut. Ähnlich verfuhr man beim Minarett, das als Stahlkonstruktion genehmigt worden war, aber ohne Rücksprache mit den Architekten als Betonkonstruktion ausgeführt wurde.

Das Beispiel zeigt, welch große Herausforderung der Neubau einer Moschee in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland trotz politischer Unterstützung und Moderation sein kann. Wenn eine erfolgreiche Arbeitsbeziehung entstehen soll, müssen sich die Architekten auf die spezifischen ästhetischen und kommunikativen Vorstellungen dieser „neuen“ Bauherren einstellen. Gleichzeitig müssen die Auftraggeber mit professionellen Planern aus einer anderen Baukultur zurecht kommen.





- vorwiegend Wohnnutzung
- Misch- und wohnverträgliche Nutzungen
- gewerbliche Nutzung

- 1 ehemalige Thyssen-Siedlung
- 2 Stadtteilbüro Rosenhügel
- 3 Hauptbahnhof
- 4 Innenstadt / Fußgängerzone
- 5 Stahlwerk

Plan 1 : 20.000



„In diesen Häusern wohnen jetzt verschiedene Kulturen. Wir haben Freunde, die Spanier sind, Türken, aber auch Kroaten und Deutsche. Vorher war es ein Gebiet wie ein türkisches Ghetto. Sobald man gesagt hat: Ich habe ein Haus in der Rosenhügelstraße gekauft, war die Reaktion: Oh Gott, gehst Du jetzt auch in die Moschee?“ Anwohnerin

Am Hang, mit Blick über die Stadt: das multiethnische Quartier Rosenhügel

Fotos: Gerrit Schwalbach

Eigentum in der Werksiedlung | Remscheid-Rosenhügel

Die „Thyssen-Siedlung“ in Remscheid ist eine der vielen Werksiedlungen in Deutschland, die im vergangenen Jahrzehnt privatisiert worden sind. Die drei- bis viergeschossige Zeilenbebauung aus den dreißiger Jahren, die nach Kriegszerstörungen zum Teil wieder aufgebaut wurde, gehörte bis 2003 zum Bestand der Gemeinnützigen Kleinwohnungs-Baugesellschaft Remscheid. Diese bot Ende der neunziger Jahre die unsanierten Wohnungen zunächst den Mietern zum Kauf an. Da jahrelang keine Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen mehr durchgeführt worden waren, konnte keine einzige Wohnung an einen Mieter verkauft werden. Besonders eklatant waren, wegen drückenden Wassers, nasse Wände in den Kellergeschossen. Fachleute empfahlen schließlich den Abriss der heruntergewirtschafteten Siedlung.

Im Jahr 2003 kaufte ein Immobilienhändler 25 Mehrfamilienhäuser der Siedlung und verkaufte die Häuser einzeln und im unsanierten Zustand gezielt an Familien mit Migrationshintergrund weiter. Dafür wurde im Stadtviertel ein Verkaufsbüro eingerichtet, in dem sich Interessenten auch in türkischer Sprache beraten lassen konnten. Die Käufer setzten die Häuser in-

stand und trugen damit nicht nur zur Erhaltung des baulichen Erbes, sondern auch zur sozialen Stabilisierung in einem Stadtteil bei, der von starker Fluktuation und dem Wegzug der Bewohner gekennzeichnet ist. Vor der De-Industrialisierung wohnten viele Mitarbeiter des nahegelegenen Stahlwerkes im Arbeiterviertel Rosenhügel. Heute hat von den 4000 Bewohnern die Hälfte einen Migrationshintergrund, etwa ein Drittel sind Nichtdeutsche. Im Jahr 2002 wurde das Gebiet in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen und bekam ein Quartiersmanagement.

Die neuen Eigentümer entschieden sich aus einer Vielzahl von Gründen für einen Hauskauf an diesem Ort, wegen des günstigen Preises, der innenstadtnahen, gut angebundenen Lage, wegen der Nähe zu Freunden und Familie und nicht zuletzt wegen der Möglichkeit, Wohnungseinheiten zusammenzulegen und dadurch mit mehreren Generationen in einem Haus wohnen zu können. Die Gebäude wurden von den Besitzern vorrangig in Eigenleistung saniert. Ihre informellen baulichen Eingriffe sind marginal, aber doch als Überformungen der Fassaden aus den dreißiger Jahren zu erkennen.

In unmittelbarer Nachbarschaft der Siedlung am Rosenhügel: das Stahlwerk

Teils sind neue Nutzungstypologien sichtbar: Größere Fensteröffnungen mit Balkontüren bilden die Grundrissänderungen nach außen ab. In einigen Häusern wurden die Dächer angehoben, um Wohnraum im ehemaligen Trockenboden zu schaffen. Viele Käufer haben den Umfang der notwendigen Sanierungsleistungen unterschätzt, zumal vor dem Kauf keine Fachgutachten zum Erhaltungszustand eingeholt oder professionelle Planer beauftragt wurden.

Die Eigentumsbildung und ihre Bautätigkeit hat den türkischen, italienischen und russischen Familien in den letzten Jahren Anerkennung auch bei den Nachbarn „ohne Migrationshintergrund“ eingebracht. Sie nehmen die Kaufentscheidung, die Instandsetzungsleistungen und die oft informelle Raumeignung der neuen Eigentümer positiv wahr und können sich mit der instandgesetzten Siedlung heute gut identifizieren. Die multiethnische Bewohner-schaft bringt neues Leben in ein Gebäudeensemble, das bereits aus der klassischen immobilienwirtschaftlichen Verwertungskette herausgefallen war.

